

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,40 M. x Buchhändler-Schlüsselzahl. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 7528. Kreuzabsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus), Aufgang Boder C. — Tel. 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0,20 M. x Buchhändler-Schlüsselzahl. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postkontonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40/41

Sonnabend, den 13. Oktober 1923

27. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

### Gesperri:

In Fürstentum die Firma Deplaz u. Co. In Jannowitz (Kiesengeb.) der Betrieb der Firma Karl Pächte-Striegau. In Windisch-Eichenbach der Steinbruchbetrieb der Firma Fritz Bindner. In Augsburg Firma Kircher.

### Zugung ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Baumholder und Saargemünd, von Tangermünde, Betrieb Richard Schwarz.

## Rückwärts?

In den verflochtenen zwei Wochen hat sich in der Außen- und Innenpolitik Deutschlands eine bemerkenswerte Schwankung vollzogen, von der man, oberflächlich betrachtet, sagen könnte: Das eine jagt das andre nach sich! Vom Standpunkt der organisierten Arbeiterschaft aus eingeschätzt ist die Schwankung in der Innenpolitik äußerst niederdrückend. Die erste Auswirkung war der Bruch der kaum geschaffenen Regierungskoalition. Der Bruch konnte herbeigeführt werden, weil der jetzige Wortführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, sich als Scharfmacher gefiel. Nach langem Verhandeln, das sich mehrere Tage hinzog, wurde die Regierungsbildung auf Grund der großen Koalition erneuert vollzogen mit dem bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann an der Spitze. Die Neubildung hat jedoch ein „Aber“ mit sich gebracht; denn durch Mehrheitsbeschluß des Reichsparlamentes wurde dem neuen Kabinett eine Vollmacht durch ein Ermächtigungsgesetz zugebilligt, wodurch der Reichstag in einer Reihe wichtiger Fragen zur 2. gestempelt wird. Dieser Zustand soll auf eine gewisse Zeit beschränkt bleiben. Die Vollmacht ermächtigt das Kabinett, auf dem Gesetzgebungswege in finanzieller, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht kurzfristige, einschneidende Maßnahmen zu treffen zu dem ausgedrückten Zweck, die Finanzwirtschaft des Reiches zu bessern, die Produktion zu verbilligen und auf die Preisbildung besonders der Spindelfabrik und Konzerne einen bestimmten Einfluß auszuüben. Ob das auf diesem Wege gelingt, ist eine Frage für sich, und was schließlich in Wirklichkeit dabei herauskommt, darüber gibt sich jedenfalls die Arbeiterschaft keiner Illusion hin. Sie muß geschlossen auf dem Boden sein, um möglicherweise Rechte zu verteidigen, deren Abzug von anderer Seite schon längst gefordert wurde. Worin findet nun die neue Schwankung eine Erklärung? Der passive Widerstand, der ungleiche Kampf im Ruhrgebiet mußte im Hinblick auf die trostlose wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufgegeben werden. Obgleich diese Aufgabe erfolgte unter vorher stattgefundenen Besprechungen mit den französischen und belgischen diplomatischen Geschäftsträgern in Berlin und gewisse Zusicherungen brachte, hat sich bis heute jenseits der Westgrenze keine andere Einstellung gegenüber den deutschen Lebensinteressen bemerkbar gemacht. Im Gegenteil, sie ist noch härter, noch brutaler geworden! Man raubt nach wie vor Reichs- und Stadtgelder, verfügt weitere Ausweisungen und fördert zynisch und gewalttätig die Bestrebungen der Separatisten, die von Frankreichs Gnaden einen Sonderstaat am Rhein gründen wollen. Das ist der eine Vorgang, ein anderer spielt sich in Bayern ab. Dort ist nunmehr, nachdem vorher die Karten zum Spiel gehörig und mit Bedacht gemischt wurden, weißblau und schwarz-weiß-tot Trumpf unter bemerkenswerter Duldung der faßlichen selbstverleumdenden Maulaufreißer und Unterdrückung der politisch tätigen Arbeitermassen. Der Belagerungszustand in Bayern durch Bayern verhängt dem Herrn von Kahr, der von der bayerischen Regierung als Vollstrecker eingesetzt wurde, eine gefährliche Machtpfille, die das Reich durch Verhängung des allgemeinen Belagerungszustandes über das ganze Reichsgebiet zu paralysieren trachtet. Daß dieses nicht gelang, ist unsern Mitgliedern durch die Vorgänge bekannt geworden. Vielleicht war es auch gar nicht die Absicht der rechtsgerichteten Kreise, sondern nur der Vorwand, um eine Situation zu schaffen wie in der hinter uns liegenden Woche. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages wollten keinen Konflikt mit Bayern, der letzten Endes schließlich in einem Waffengang mündete. Nun haben wir heute, und bereits durch früher bezogene Klarheit zu dem Verhalten der bayerischen Fronde gegen die Reichsverfassung, eine zwangsläufige Entwicklung zum Hand-in-Hand-Arbeiten mit Bayern und dem Reich, trotz des beiderseitigen Belagerungszustandes. Ist diese Situation gewollt herbeigeführt, dann war es ein zweifellos geschickter reaktionärer Schachzug. Ob er sich aber eignet, das Spiel voll zu gewinnen, bleibt immer noch eine große Frage, die letzten Endes die organisierte Arbeiterschaft und ihre Anhänger lösen wird. Nun ist es gewiß erklärlich, wenn die scharfmacherischen Tendenzen sich wieder dreist hervorwagen und am liebsten alle sozialpolitischen Errungenschaften des arbeitenden Volkes nach rückwärts revidieren möchten. Nicht durch langes Verhandeln im Parlament, nein, einfach auf dem Verordnungsweg. Dazu versuchte man die proletarischen Vertreter aus dem Kabinett hinauszudrängen, was auch zum Teil gelang. Gegliedert durch das Verhalten der übrigen politischen Parteien. — Es ist heute nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat auf der Hut zu sein. Das Hervorholen des rechten Winkels in der Innenpolitik zu einer Zeit, wo illegale Militärabenteurer die Republik zu bezwingen versuchen, wo der außenpolitische Druck äußerst scharf ist, wo die deutsche Mark gleich Null ist und infolgedessen die finanzielle Lage des Staates, der Länder und Gemeinden trostloser aussieht wie je zuvor, wo durch die Geldentwertung die Industrie lahmgelegt, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit das Massenelend verstärkt. In einer solchen Periode regen sich die Scharfmacher nach altem Muster und wollen einen Rechtskurs nach innen und nach außen. Darum heißt es für die Gewerkschaften und ihre Anhänger die Augen offen halten. Hat der gegenseitige Kampf die Geschlossenheit der Arbeiter auch gelockert und die Geldentwertung auf andere Weise zur Schwächung der Organisationen beigetragen, so bedeutet es noch keineswegs, daß die Reaktion triumphieren und durch diktatorische Maßnahmen nehmen kann, was der Arbeiterschaft hoch und heilig ist und wofür sie in früheren Jahren schwere und opferreiche Kämpfe geführt hat. Darum, Kollegen und Kolleginnen, würdigt die Situation; die Zukunft bringt uns Kampf und abermals Kampf; Geschlossenheit und finanzielle Stärke der Gewerkschaft ist Voraussetzung der Kampfführung und des Erfolgs.

## Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht vom 2. Quartal 1923.

**Belgien.** Die Arbeit ist normal in der Steinhauerindustrie. Es hat viel Arbeit in der Marmorindustrie. Unsere Mitgliederzahl belief sich im Laufe des Quartals auf die gleiche Zahl wie im früheren Quartal.

Im Laufe des ersten Semesters sind die Ausgaben auf 295 663,45 Franken und die Einnahmen auf 753 148,18 Franken angewachsen. Der Einzug am 1. Juli betrug 922 437,26 Franken.

Die Löhne haben sich nicht stark verändert im Laufe des Quartals, wenn unsere Mitglieder von La Buissiere keine Schwankung zu verzeichnen haben. Diejenigen vom Bezirk Ccauffinnes und vom Bezirk der Provinz Liege haben eine Erhöhung im Durchschnitt von 10 Centimes per Stunde erhalten. Die Indezahle war im Anfang des Quartals 409, jetzt ist sie auf 429 angewachsen.

Am 29. April war unser nationaler Kongreß vereinigt. Alle unsere Sektionen waren vertreten durch 99 Delegierte. Der Kollege Kolsch repräsentierte das internationale Sekretariat. Der geistige und der finanzielle Rapport wurden einstimmig genehmigt, was gut zeigt, daß es in Belgien unter den Steinarbeitern keine Differenzen hat.

Der Kongreß hat die Ernennung einer weiteren ständigen Kraft für die Provinz Namur bestimmt. Er hat von neuem den Willen der Steinarbeiter bekräftigt, den Achtfundentag nicht zu überholen, die Entschädigung für schlechtes Wetter oder für Festtage zu verlangen. Seit einigen Monaten haben wir hier an die 200 italienische Kollegen, die gekommen sind, um zu arbeiten in verschiedenen Steinbrüchen unseres Landes. Die Mehrzahl von ihnen sind organisiert bei uns.

**Holland.** Die Geschäftslage ist sehr schlecht. Infolge des Walfutandes kommt alle Arbeit fertig aus dem Auslande. Arbeitslosigkeit ist die direkte Folge.

Das Baugewerbe geht in Holland überhaupt sehr schlecht. Die Verbände leiden darunter sehr. Auch für die Steinhauer ist bei den letzten Tarifverhandlungen der Stundenlohn um 9—10 Prozent herabgesetzt worden.

Die Indezahle ist im Laufe der gleichen Zeit mit 23 Prozent gefallen. Obwohl die Lage noch nach unserer Seite überschlägt, so ist doch immer der Moment der Durchführung, jede Lohnreduzierung für die Arbeiter eine üble Sache.

Wie überall, macht auch in Holland die Reaktion sich auf den Plan, ihre alte Stellung wieder einzunehmen, und es muß leider gesagt werden, daß die Arbeiterschaft nicht genügend dagegen gewachsen zu sein scheint.

**Italienslowakei.** Im 2. Quartal führte der Verband 7 Lohnbewegungen durch, an diesen waren 750 Arbeiter beteiligt. In zwei Fällen mit 290 Arbeitern kam es zum Streik, wovon der eine gegen eine Lohnreduzierung von 10 Prozent geführt wurde und endete mit einer Reduzierung von 5 Prozent. Durch den zweiten Streik wurde eine Lohnerhöhung von 7 Prozent erzielt, resp. Zurücknahme der im Winter durchgeführten Lohnreduzierung. In den anderen Lohnbewegungen wurde in einem Falle der Lohn um 10 Prozent reduziert, im andern um 5 Prozent erhöht, ein Fall ist noch nicht beendet und in zwei Fällen wurde der alte Vertrag abgeschlossen.

Der Arbeitsmarkt hat sich in diesem Quartal gebessert, besonders in der Pflastersteinbranche und Schotter, so daß diese Branche voll beschäftigt ist und nach Arbeiter ist Nachfrage.

Mit Eröffnung der Arbeiten an Flußregulierungen und Verbesserung der Bautätigkeit, wurde die Arbeitslosigkeit auch in andern Branchen beseitigt und ist eher Mangel an Arbeitern eingetreten. Diese Wendung wird auch Einfluß auf den Stand der Mitglieder haben, was später zum Ausdruck kommt. Vom 1. Januar bis Ende Juni sind 302 neue Mitglieder dem Verbande beigetreten, aber die Fluktuation der Mitglieder ist immer noch groß. Nach den einbezählten Beiträgen (auf ein Mitglied 13 Beiträge gerechnet) zählt der Verband im zweiten Quartal 1459 Mitglieder. Durch die Arbeitslosigkeit, welche sehr lange dauerte, verloren wir eine große Anzahl Mitglieder, die wir nach der Trennung übernommen haben. Durch die Entlassung einer großen Anzahl Arbeiter, oder vollständiger Einstellung der Betriebe, wurden 8 Ortsgruppen betroffen, wodurch wir rund 450 Mitglieder verloren. Erst jetzt durch erhöhte Arbeitslosigkeit werden die Ortsgruppen gestärkt oder soweit sie zeitweise die Tätigkeit eingestellt haben, werden sie wieder lebendig.

**Deutschland.** Steinarbeiter. Im zweiten Vierteljahr haben sich die Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters wiederum bedeutend verschlechtert. Es sind nur ganz wenige Berufe, die infolge ihrer Lebensnotwendigkeit in der Lage sind, mit ihrem Lohn nachzukommen. Die deutschen Steinarbeiter gehören nicht dazu.

Unsere deutsche Organisation bleibt stabil, sie leistet, was sie unter den gegebenen Verhältnissen nur leisten kann, und doch murren die Mitglieder, ihre Lage spürt sich immer mehr zu, es sind nicht wenige unter ihnen, die der internationalen Bindung keine besondere Sympathie mehr abgewinnen können. Diese Auffassung ist begründlich, wenn sie auch von nüchtern Denkenden als falsch angesehen wird. Die Machtverhältnisse der Internationale sind beschränkt, ihr Einfluß auf das politische Verhalten der einzelnen Regierungen und dieser insgesamt gegen die deutsche Republik, das insbesondere die Arbeitermassen schwer trifft, ist äußerst gering.

Dazu kommen nun noch die Selbsterhaltungsmassnahmen der Steinarbeiter in andern Ländern. Die deutsche Natursteinindustrie ist nach Lage der Sache auf Auslandsaufträge angewiesen, fehlten diese, dann wäre es um die deutschen Steinarbeiter sehr schlecht bestellt. Nun liegen aus der ausländischen Presse Nachrichten vor, daß die Steinarbeiter Englands und Amerikas sich weigern, deutsche Steine zu verarbeiten oder mit deutschen Fertigprodukten zu hantieren. Es mag der Selbsterhaltungstrieb vieler ausländischen Kollegen sein. Ist es jedoch nationalstiller Partikularismus, dann wäre es allerdings bedauerlich. Eine Ausführung der Stundenlöhne ist zwecklos, denn sie überholen sich von Woche zu Woche. Bereits im 2. Quartal haben wir Beiträge bis 25 000 M. pro Woche, und doch muß äußerst hausgemacht werden, um mit den Einnahmen die großen Ausgaben bestreiten zu können. Alle frühere Leistung der Mitglieder in langen Jahrzehnten ist durch die Geldentwertung bedeutungslos geworden, genau so ist allen Leuten, die sich für das Alter einige Sparspennige zusammengespart hatten, der Wert dieser Ersparnisse direkt aus der Hand geschlagen worden. Wer früher 20—50 000 M. im Besitze hatte, konnte ruhig seinen alten Tagen entgegensehen, heute langt diese Summe nicht für 1/2 Pfund Margarine.

Es ist immer noch eine Art Krieg, ebenso fürchterlich wie der mit Kanonen und Maschinengewehren. Der kapitalistische Wahnsinn mit seinen spekulativen Börsenmanövern in Verbindung mit brutaler Militärmacht zeigt sich in hehrer Blüte. Das deutsche Volk ist leider in diesem Kampfe Veruchsojekt, und es sieht täglich, ja stündlich die unheilvollen Wirkungen dieser neuen Art von Krieg auf Kinder und Erwachsene.

In dieser Situation hat es für die ausländischen Kollegen gewiß wenig Wert, über unsere Lohnkämpfe, unsere Mitgliederzahl und Klassenverhältnisse des näheren belehrt zu werden. Wir können nur sagen, daß die Mitglieder zur Organisation halten, sie ist ihnen Rückenstärkung wie immer, obgleich die finanziellen Leistungen der Organisation heute beschränkt sind. Der Mut wird jedoch nicht verloren, denn es kommen auch wieder andre Zeiten, in denen richtiger Friede, Brot und Arbeit für alle Werteschaffenden vorhanden ist.

**Deutschland.** Steinseher. Das hervorragendste Ereignis für den Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands war das Stattfinden des 11. Verbandstags in Gera. Dieser tagte vom 21. bis 24. Mai 1923. Der Verbandsvorstand konnte an diesem Verbandstag auf eine verhältnismäßig günstige Entwicklung des Verbands hinweisen. Die Finanzverhältnisse sind geordnete und entsprechen denen aller deutschen Gewerkschaften. Das Hauptinteresse des Verbandstages konzentrierte sich auf die Behandlung der Verschmelzungsfrage. Der Verbandsvorsitzende Schenke berichtete über die mit dem deutschen Baugewerksbunde und dem deutschen Steinarbeiterverbände in dieser Sache gepflogenen Verhandlungen. Die große Mehrzahl der auf dem Verbandstage Sitz und Stimme führenden Verbandsvertreter sprach sich für eine Verschmelzung mit einer der oben genannten Organisationen grundsätzlich aus, obwohl immer wieder festgestellt wurde, daß ein Weiterbestehen des Verbandes in aller Selbstständigkeit gesichert erscheine. In einer Urabstimmung sollen die gesamten Mitglieder des Verbandes befragt werden, welcher der beiden Organisationen sie sich anschließen wollen. Diefelbe findet vom 5. August bis 15. September statt. Ueber das Resultat derselben werden wir in einem späteren Berichte Kenntnis geben.

Die Entwertung des Geldes und die ins Riesenhafte gehende Teuerung zwingt die Gewerkschaften Deutschlands allgemein, die Frage der „wertbeständigen Löhne“ in den Vordergrund zu drängen. Bisher hinkten die Löhne der Teuerung gewaltig hinterher. Die Lohnfestsetzungen, die jetzt wöchentlich erfolgen, werden der täglich sich nach aufwärts verändernden Teuerung nicht mehr gerecht. Aus diesem Grunde soll zu einem festzustellenden Grundlohn, die wöchentlich zu erlassende Verhältniszahl der Teuerung in ihrer prozentualen Erhöhung geschlagen werden. Die Arbeitgeber haben diesem System anfangs schwere Hindernisse entgegengesetzt. Doch die Not der Zeit drängt zu dieser Maßnahme. Von der unfinnigen Geldentwertung kann man sich einen Begriff machen, wenn man feststellt, daß der Steinseherlohn in der dritten Juliwoche allgemein 19 000 bis 20 000 M. pro Stunde betragen hat. Es sind Millioneneinkommen, mit denen man aber nicht das Leben fristen kann.

**Schweiz.** Das zweite Quartal 1923 war ein sehr bewegtes. Nachdem sich die Konjunktur bedeutend besserte, überall gebaut wurde und Mangel an Arbeitskräften sich bemerkbar machte, setzten auch vielerorts neuerdings Bewegungen ein. Wenn es auch nicht überall gelang, Lohnerhöhungen zu erzielen, so wurden doch Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchgezogen. In einigen Orten wurden die Löhne um 5 und 10 Cts. per Stunde erhöht, auch kamen wieder einmal neue Abschlüsse von Arbeitsverträgen zustande. All dies traf in der Sandstein- und Kunststeinindustrie zu. Ein großer Teil der Steinbauer wurden vom Ausland, speziell Deutschland bezogen.

In der Marmorbranche war Stillstand. Durch Ueberhandnahme der Surrogate geht diese Industrie langsam zurück.

## Das Ende des Ruhrkampfes.

Im „Korrespondenzblatt“ des ADGB. vom 29. September wird darüber geschrieben: „Wir stehen am Ende des Kampfes an der Ruhr, eines Kampfes der gekreuzten Arme mit einem Heer von Schwerebewaffneten, der Ohnmacht gegen die Gewalt. Und es ist kein Wunder, daß die Gewalt gefiegt hat; es ist vielmehr bewundernswert, daß ein ohnmächtiges Volk acht Monate lang gegen einen solchen Feind Widerstand leisten konnte. Erst die volle Erschöpfung der Kräfte, die völlige Aussichtslosigkeit auf Hilfe von anderer Seite vermochte diesen Widerstand zu brechen. Nun stehen wir am Grabe aller Hoffnungen, und es bleibt uns nur übrig, aus diesem Kampfe die Lehren zu schöpfen, die für unser Land und Volk so eindringlich sind.“

Der Abwehrkampf an der Ruhr war von einer neuen, bisher unbekanntem Strategie geleitet. Es war ein Staatenkrieg, der auf der einen Seite mit gewerkschaftlichen Mitteln geführt wurde. Daraus erklärt es sich, daß die Arbeitnehmerschaft, wenn nicht Träger, so doch aktivster Teil des Widerstandes war. Daß dieser Widerstand nur ein passiver sein konnte, ergibt sich aus der Verteilung der Gewalten. Die Unterdrücker hatten alle Gewaltsmittel in Händen und mahten sich die Diktatur an, das bestehende Recht aufzugeben und neues Gewaltrecht zu schaffen. Den Abwehrenden stand nichts als die moralische und finanzielle Unterstützung ihrer Volksgenossen zur Seite; sie konnten ihr Recht nicht durchsetzen und mußten sich auf die Arbeitsverweigerung beschränken. Daß diese Arbeitsverweigerung Deutschlands Lebensnotwendigste Industriewerkstatt traf, war ein Unglück für das Land, aber es erhöhte die Zähigkeit des Ringens zu einer bisher unerhörten Kraftentfaltung. Jeder Volksgenosse wußte, daß es hier ums Ganze geht, und dieses Bewußtsein ließ uns Leiden ertragen, die denen des Weltkrieges nicht nachstehen.

Die Art der Kampfführung bedingte ferner, daß die Arbeitnehmer in erster Linie Opfer des Kampfes wurden. Wir denken hierbei weniger an finanzielle Opfer, desto mehr aber an persönliche. Tausende haben ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung, Hab und Gut, selbst ihre Heimat verloren; Tausende sind ausgewiesen, Hunderte eingekerkert, ihr Lebensglück ist schwer erschüttert, ihre Gesundheit untergraben. Der Kampf hat auch Opfer an Menschenleben gefordert. Noch heute denkt man mit Entsetzen des Massakers am Pfingstvorabend auf dem Kruppwerk in Essen. Die Gesamtzahl der Opfer ist riesengroß und nicht minder die Summe seelischer Bedrückung, die die werktätige Ruhrbevölkerung in diesen acht Monaten erdulden mußte. Angesichts dieser Sachlage waren die Abwehrausschlüsse der besetzten Gebiete sicherlich die Berufensten, den Abbruch des Kampfes zu fordern, nachdem sich aus der Lage dieser Gebiete für sie ungewissheit ergab, daß die Kräfte des Widerstandes erschöpft waren.



Die Regierung hat auch noch die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zusammenberufen, und auch sie haben einmütig der Beendigung des Kampfes zugestimmt, vor allem im Hinblick auf die nicht mehr zu ertragenden finanziellen Lasten und ihre währungsrechtlichen Folgen. Schließlich haben auch die Führer der Reichstagsfraktionen der an der Regierungskoalition beteiligten Parteien die Beendigung des Widerstandes einhellig gebilligt. Nur der Führer der Deutschnationalen Volkspartei verlangte die Uebertrumpfung des passiven Widerstandes durch schärfere Maßnahmen. — derselben Partei, die sieben alle schärferen steuerlichen Maßnahmen gegen den Besitz mit der unerschütterlichen Aufrechterhaltung zum Bürgerkrieg beantwortet.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet ist eine der Aufgaben der Gewerkschaften. Sie werden sich ihrer mit der gewohnten Ruhe und Sachlichkeit annehmen und dabei die Interessen der Arbeitnehmer nach Möglichkeit wahren. Soweit die Betriebe und Verwaltungen von feindlichen Besatzungen verschont geblieben sind, werden Schwierigkeiten nicht entstehen. Eine längere vorbereitete Verordnung, die den entlassenen Arbeitnehmern die Wiedereinstellung in ihren früheren Betrieben sichert, wird ihnen dies erleichtern. Auch der Schutz vor Entlassung ist in dieser Verordnung für eine gewisse Uebergangszeit vorgesehen. Wo es sich um besetzte Betriebe handelt, wird festzustellen sein, ob der Betrieb von der Besatzung vollständig oder teilweise geräumt wird, ob die Arbeitswilligen zurückgezogen werden, und ob und in welcher Form die fremde Regie sich einen Einfluß oder eine Aufsicht über diese Betriebe vorbehält. Das gilt vor allem für die wenigen besetzten Kohlenzechen und für die Mehrzahl der öffentlichen Verkehrsbetriebe. Hier wird zu verhandeln sein über die Wiedereinstellung aller früher Beschäftigten, über die Rückkehr der ausgewiesenen und Verschleppten, über die Räumung ihrer Wohnungen, über die Sicherung des Achtstundentages und über die notwendigen Lohnfragen. Erst wenn alle Arbeitsbedingungen klar gestellt sind, ist an eine vollständige Wiederaufnahme der Arbeit zu denken. Ob das sich alles in wenigen Tagen als erledigt erweist, läßt sich noch nicht voraussagen. Jedenfalls müssen die Erwerbslosen bis zur Wiederaufnahme der Arbeit noch ausreichende Unterstützung erhalten. Schwierigkeiten sind dagegen sicher zu erwarten, wenn von industrieller oder feindlicher Seite der Versuch gemacht werden sollte, den Arbeitnehmern den gesetzlichen Maximalarbeitsstag zu rauben. Wir warnen dringend vor solchen Bestrebungen, auch wenn sie unter der Maske wirtschaftlichen Wiederaufbaues geltend gemacht werden sollten. Sie würden Kämpfe auslösen, die dem eben beendeten Abwehrkampf an Erbitterung nichts nachgeben. Die Arbeitnehmerschaft des Ruhrreviers hat besseren Dank verdient.

Für die Gewerkschaften handelt es sich vor allem darum, die Arbeitsaufnahme ebenso geschlossen durchzuführen, wie der passive Widerstand geführt wurde. Es sind seit langem im Ruhrrevier Kräfte tätig, die an der Zerplitterung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen arbeiten. Separatistische, nationalistische, kommunistische und syndikalistische Kreise bemühen sich, die Massen zu Gemaltheiten aufzureizen, um daraus den Anlaß zu extremen Maßnahmen zu gewinnen. Diese Maßnahmen müssen an dem Einfluß der Gewerkschaften auf die arbeitende Bevölkerung scheitern. Mit überlegener Ruhe muß die Arbeitnehmerschaft diese Exaltados zurückweisen, sie muß ihre Arbeitsplätze, ihre Heimat vor der Brandfackel der Zerstörung zu schützen wissen. Auch im unbesetzten Deutschland drohen Fanatiker von rechts und links mit dem Bürgerkrieg. Alle diese Drohungen sind seither, dank der Ruhe des Proletariats und der eigenen Entschlossenheit der Abwehr seitens der Reichsregierung verpufft, und sie werden hoffentlich auch in der nächsten Zeit keinen weiteren Widerhall finden. Trotz alledem sehen wir dunkel in die Zukunft, denn die Not hat in Deutschland eine Höhe erreicht, die in vielen Volksteilen dämpfe Verzweiflung ausgelöst hat. Hunger und Arbeitslosigkeit wachsen von Tag zu Tag, und vergeblich warten wir auf die Verwirklichung der neuen Währung, die der wahnwitzigen Preissteigerung ein Ziel setzen soll. Schwere Wochen, vielleicht Monate stehen uns noch bevor, in denen alles aufgegeben werden muß, um die Notleidenden ausreichend mit Lebensmitteln und winterlicher Heizung zu versorgen und der Arbeitslosigkeit zu steuern. So sehr die Maßnahmen der preussischen Regierung auf Organisation von Volksspeisungen im weitesten Umfange zu begrüßen sind, so muß doch ein Mehr gesehen zur Sicherung der Masse der Bevölkerung. Die Bundesverbände der Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen mit entsprechenden Vorschlägen hervortreten.

Die nächste Zeit wird eine Belastungsprobe für die Widerstands- und Nervenkraft unseres Volkes bringen, die kaum zu überbieten ist. Es kann daher nicht eindrucklich genug daran erinnert werden, daß jetzt alles auf die Erhaltung der Republik ankommt. Nur ein Staat, der sich auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes stützt, kann der kommenden Schwierigkeiten Herr werden. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht dagegen hängt alles von der Erhaltung der Gewerkschaften ab. Deshalb kann die Arbeitnehmerschaft nicht eindrucklich genug gemahnt werden, den Gewerkschaften unverbrüchliche Treue zu bewahren und sie kampffähig zu erhalten. Den Ruhrkämpfern aber gebührt in dieser Stunde, da der passive Widerstand beendet wird, um für Verhandlungen zur Lösung der Reparationsfrage freie Bahn zu gewinnen, für ihren heldenhaften Abwehrkampf der Dank des gesamten deutschen Volkes!

In welcher Weise nun die Aufgabe des passiven Widerstandes von der andern Seite belohnt und die Arbeitsaufnahme erleichtert wird, zeigen nachstehende Zeilen aus dem Ruhrgebiet: „Wie sich nach jedem Streik bei der Arbeitswiederaufnahme gewisse Schwierigkeiten einstellen, so war auch im Ruhrgebiet damit zu rechnen, daß die Ueberleitung in eine geordnete Produktion nicht glatt verlaufen würde. Man konnte auch annehmen, daß die Franzosen nicht gerade bemüht sein würden, die auftretenden Schwierigkeiten wohlwollend zu begegnen. Ihr Verhalten nach der Aufforderung der Regierung und Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit muß aber als glatte Sabotage der Rückführung des Ruhrgebietes zu voller Produktion bezeichnet werden. Auf den Hüttenwerken wird nach wie vor der Abtransport von Materialien durchgeföhrt. Es werden nicht nur Halb- und Ganzfabrikate, sondern auch die Rohmaterialien fortgeföhrt, so daß an eine Inangeföhung der Hochöfen vorläufig nicht zu denken ist. Wenn man weiß, daß auf den meisten Hüttenwerken die ganze Wärmewirtschaft mit der Tätigkeit der Hochöfen zusammenhängt, so wird man begreifen, daß auch die sonstigen Betriebe an der Arbeit behindert sind. Ebenso verfährt man auf den Zechen, wo insbesondere die Vorräte an Grubenholz fortgeschafft werden. Der Regiebetrieb auf einer Reihe von Gruben und Kokereien ist bis heute noch nicht beseitigt. Da in diesen Betrieben die deutsche Bergpolizei ausgeschaltet ist und viel betriebsfremde Arbeiter angelegt worden sind, so kann trotz besten Willens mit gutem Gewissen den bisherigen Belegschaftsmitgliedern die Aufnahme der Arbeit kaum empfohlen werden. Von einer Rückgabe der Eisenbahnarbeiter und Beamten so entwürdigende Bedinungen, daß es ausgeschlossen ist, daß die Regie einen ausreichenden Betrieb zweuge bringt. Infolge des gewaltigen Aufschwungs, den der Verkehr im Bezirk mit der Ausbeutung der Kohlen- und Hüttenindustrie genommen hat, sind natürlich sehr viele auswärtige Arbeitskräfte bei der Eisenbahn beschäftigt. Wenn die Franzosen bei ihrer Forderung verharren, so wird es ganz ausgeschlossen sein, daß der Eisenbahnbetrieb die Produktion der Gruben und Hütten bewältigt, von den Schwierigkeiten ganz zu schweigen, die die Lebensmittelversorgung erfahren werden. Vorstehend ist man dazu übergegangen und hat die Arbeiter ultimativ zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Köstlich unklar ist, wie die Werke die fälligen Löhne zahlen sollen, da auch die Geldbeschlagnahmen ständig fortgesetzt werden. Der Verkehr von der Arbeitsstätte und zu ihr, dem früher das umfangreiche Straßenbahnnetz und eine Menge von besonderen Arbeiterzügen diente, ist durch die unzulängliche Zahl von Zügen auf den

Regiebahnen und durch Beschränkungen des Straßenbahnverkehrs in stärkstem Maße behindert. Die größten Schwierigkeiten bestehen jedoch für diejenigen Arbeiter, die gezwungen sind, die von den Franzosen eingerichteten Grenzperren zu passieren. Die dazu notwendigen Ausweise werden nur gegen Zahlung einer Gebühr von 1/2 Goldmark ausgegeben, die Zahl der Ausweise aber derartig beschränkt, daß in den nächsten Wochen noch mehr Arbeiter als bisher zum Feiern verurteilt sein werden. Hieron werden hauptsächlich die Bergleute betroffen, so daß man kaum annehmen kann, daß es den Franzosen auf eine starke Erhöhung der Kohlenproduktion ankommt.

Das alles ist nur ein Auschnitt aus der Fülle der Schwierigkeiten, die bis jetzt wahrzunehmen sind. Daß die Franzosen mit den Forderungen des Treueides gegen die Regie keine Eisenbahner und des Austritts aus den Gewerkschaften keine Rheinschiffer bekommen können, muß ihnen klar sein. Wenn sie weiter längere Arbeitszeiten verlangen, als durch deutsche Gesetze und Tarifverträge vorgesehen sind, so kann das auch nicht dazu führen, daß alsbald wieder geordnete Zustände eintreten. Im Gegenteil, das alles muß die Schwierigkeiten vermehren, die ohnehin da sind und die einer vollen Produktion abträglich sind. Wenn die Franzosen nicht alsbald einlenken, so ist nicht daran zu denken, daß der Ruhrkonflikt in absehbarer Zeit erledigt ist und das Ruhrgebiet wieder arbeitet.

Mit den bisherigen Verfügungen der Franzosen, nach Beendigung des passiven Widerstandes mit den Deutschen zu verhandeln, stimmt ein solches Verhalten in keiner Weise überein. Offizielle Verhandlungen sind bisher nicht gesucht worden. Man hat den Eindruck, daß man ihnen aus dem Wege geht, um die Schwierigkeiten zu vermehren. Wo bisher von etlichen Stellen Fühlung gesucht worden ist, läuft das Bestreben der Franzosen darauf hinaus, um politische Verhandlungen mit der deutschen Regierung überflüssig erscheinen zu lassen.

So können die Dinge nicht weiter gehen. Wenn Frankreich nicht bald sagt, was es will und erträgliche Bedingungen für die Arbeitswiederaufnahme gewährleistet, dann wird es noch lange dauern, bis an der Ruhr wieder geordnete Verhältnisse herrschen.“

### Rundschau.

**Gewerkschaftliches.** Die Internationale und die Ruhrfrage. Das internationale Sozialistische Bureau und das des internationalen Gewerkschaftsbundes hielten am 3. und 4. Oktober in Brüssel gemeinsame Sitzungen ab, um die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene internationale Lage zu besprechen. Eine längere Entschliessung, die dort einstimmig angenommen wurde, klingt aus: ... Die Arbeiterorganisationen verurteilen auf das schärfste die Politik Poincarés und aller jener, die nach der Aufhebung des passiven Widerstandes auf die politische Zertrümmerung Deutschlands und seine ökonomische Verwundung spekulieren und die Eröffnung von Verhandlungen von immer neuen und immer schärferen Bedingungen abhängig machen.

Sie rufen das Weltproletariat in diesem kritischen Moment zur höchsten Wachsamkeit und fordern es auf, sich für folgende unmittelbare dringende Notwendigkeiten einzusetzen:

1. Die Sicherung der Rückkehr der Ausgewiesenen aus der Ruhr und die Amnestie für alle, die deshalb verurteilt wurden, weil sie sich geweigert haben, die Befehle der Besatzungsbehörde durchzuführen.
2. Die Wiederherstellung ungehemmter Verbindung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet Deutschlands.
3. Die Zurücknahme der den deutschen Beamten auferlegten Verpflichtung, den Besatzungsbehörden den Treueid zu leisten — eine Verpflichtung, gegen die die Bevölkerung der während des Krieges besetzten Gebiete den energischsten und berechtigtesten Protest erhoben hat.
4. Die sofortige Aufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne irgendwelche neuen Bedingungen.

Eine Hilfsaktion auf Vorschlag der Gewerkschaften. Die vier gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben am 29. September an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, in Verbindung mit den Vertretern der Gewerkschaften eine großzügige Hilfs- bzw. Kreditaktion für die Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen für den Winter einzuleiten.

Weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung und der Schichten, die sich in der gleichen wirtschaftlichen Notlage befinden, sind ohne das Eingreifen des Reiches dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Vor allem die Massen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen, die Empfänger von Sozial-, Kriegsbeschädigten- und Wohlfahrtsrenten. Die Löhne der in Arbeit Stehenden reichen gleichfalls nicht aus, die Aufwendungen für die Wintervorräte bestreiten zu können. Zur Steuerung dieses Elends und der mit ihm verbundenen schweren innerpolitischen Gefahren schlagen die Gewerkschaften vor, allen Arbeitnehmern, Renten- und Unterstützungsempfängern, die Anspruch auf Belieferung erheben, eine der Kopfzahl ihrer Familien entsprechende Menge von Kartoffeln und Kohlen auf dem Wege eines Kredits zur Verfügung zu stellen. Der Bezug soll auf Bezugscheine erfolgen, die für die Lohn- und Gehaltsempfänger von den Arbeitgebern, für die Unterstützung- und Rentenempfänger von den Gemeinden auszustellen sind. Die zur Belieferung erforderlichen Mengen sollen vom Erzeuger gegen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln erworben werden. Die Rückzahlung der vorgestreckten Summen wäre durch entsprechende ratenweise Abzüge vom Lohn oder Gehalt, sowie durch Verrechnung auf die Renten und Unterstützungen zu leisten. Der Bezug könnte entweder bei den Händlern oder in besonderen Ausgabestellen erfolgen.

Automatische Festsetzung der Lohnsteuerermäßigungen. Nach einer Vorlage, die das Reichsfinanzministerium dem Reichsrat unterbreitet hat, werden die Veränderungen der Ermäßigungsätze für den Steuerabzug der Lohn- und Gehaltsempfänger künftig wöchentlich automatisch vorgenommen, und zwar in der Weise, daß sie im Verhältnis des Steigens der Indexzahl für die Lebenshaltung zu der gleichen Indexzahl, die in der zweiten Kalenderwoche des Monats September festgesetzt ist, verändert wird. Der Reichsfinanzminister stellt die sich ergebenden Verhältnissätze fest, rundet sie ab und gibt sie öffentlich bekannt. Danach wird sich etwa folgendes Bild ergeben: Die Indexzahl in der zweiten Kalenderwoche des Monats September betrug rund 5 Millionen. Die Verhältnissatz in der vierten Septemberwoche wird etwa 30 Millionen sein, also der sechsfache Betrag. Steigt die Verhältnissatz in der ersten Woche des Oktober auf 35 Millionen, so würden für alle Wochenzahlungen in der ersten Oktoberwoche die Ermäßigungsätze um das Siebenfache erhöht werden. Durch diese Regelung werden die zahlreichen Veränderungen der Ermäßigungsätze auf dem Wege der Gesetzgebung vermieden. Es wird zugleich erreicht werden, daß die Verdrängtheit in der Belastung des Lohnempfängers durch den Steuerabzug in den einzelnen Wochen verschwindet. Denn da bei der Festsetzung der Löhne in der Regel von dem Lebenshaltungsindex ausgegangen wird und künftig auch für die Ermäßigungsätze des Steuerabzugs der Lebenshaltungsindex maßgebend ist, so steigen sowohl die Freigrenzen als auch die Ermäßigungsätze in demselben Verhältnis wie Löhne und Gehälter.

Zahlenungeheuer. Während man in einer Zeit, als noch eine Mark hundert Pfennige wert und ein Liter Milch für 20 bis 25 Pfg. zu haben war, mit wenigstelligen Zahlen im täglichen Leben auskam, treten uns jetzt von Tag zu Tag immer größere Zahlenreihen entgegen. Zahlennamen werden genannt, die früher nur von Astronomen und andern Wissenschaftlern in Anwendung gebracht wurden. Um diese Zahlennamen richtig zu erkennen, müßte man sich die Anzahl der Nullen vergegenwärtigen. So hat die Zehn eine Null, 100 hat 2 Nullen, 1000 hat 3 Nullen, eine Million

hat 6 Nullen, eine Milliarde 9 Nullen, eine Billion 12 Nullen. Diese genannten Zahlen sind uns bisher schon im täglichen Leben begegnet. Von noch größeren Zahlen haben Trillion 18 Nullen, Quatrillion 24 Nullen, Quinquillion 30 Nullen, Sextillion 36 Nullen, Septillion 42 Nullen und Octillion 48 Nullen.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Gau 2. Durch den Herrn Gewerbedirektor in Breslau sind an 24 Betriebe in Schlesien Gefäße für die Einbindung von Auswurf gefordert worden. Zu einem Urteil über Tuberkuloseerkrankungen gehört unbedingt die Auswurfuntersuchung.

Die auf jeweiligen Listen benannten Kollegen, von denen der Auswurf eingehend und untersucht werden soll, eruchen wir, den Anweisungen reiflos nachzukommen und darauf zu achten, daß Verwechslungen der Gefäße vermieden werden. Teilweise wird eine zweite Einbindung von Auswurf notwendig sein, worauf wir hiermit dem Zwecke der Beachtung hinweisen. Die Gauleitung.

Lautecken. Im Hartsteinbruch Oberlingsweiler bei St. Wendel haben bei einer kurzen ArbeitsEinstellung, die zugunsten der Ripper-Kollegen geregelt werden konnte, die Ripper Emil Schöffler, Heinrich Schöffler und Richard Wagner aus Oberheim die Geschlossenheit gestört, indem sie Unternehmerdienste verrichteten gegen die streikenden Kollegen. Es soll nicht das erste Mal sein, daß die Genannten so handeln. Darum Vorsicht vor diesen Elementen!

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Zahlstellen, die weibliche Mitglieder haben, diene zur Kenntnisnahme, daß die „Frauenzeitung“ nicht mehr zum Versand kommt. Die Kolleginnen müssen auf Grund der augenblicklichen Schwierigkeiten sich mit dem Blatt der Kollegen begnügen.

Beitragsmarken mit dem Wert unter 15 Millionen Mark werden nicht mehr versandt. Beitragsstapel von 10 bis 40 Millionen um je 1 Million Mark, 40 bis 60 Millionen um je 2 Millionen Mark, über 60 bis 100 Millionen Mark um je 5 Millionen Mark.

Verbandsmitglieder, bestellt die Verbandszeitung durch die Post. Ein Versand vom Hauptbureau findet nicht mehr statt.

Am 13. Oktober ist der 45. Wochenbeitrag fällig!

### Adressenänderungen.

1. Gau. Waren (Mecklenburg). Kass.: W. Malmke, Bismarckstr. 4.
2. Gau. Bielefeld (Kreis Leobichau, Schles.). Vorl.: Franz Duxer in Kösling. Kass.: Franz Rohmann in Kösling.
4. Gau. Großenritte (Bez. Kassel). Vorl.: Wilh. Beder, Obere Gänjeweide 18. Kass.: Wilh. Holzhauser, Grüner Weg 50.
5. Gau. Aachen (Rheinland). Kass.: Franz Schönen, Kratauer Straße 10. — Kottheim. Vorl.: Peter Mohr, Bahnhofstraße. Kass.: Karl Mürkelbach, Gartenstraße.
6. Gau. Schweisweiler. Vorl.: Phil. Nikolaus. Kass.: Otto Schäfer. — Landau i. Pfalz. Vorl.: Ludw. Treiting II in Insheim. Kass.: Joh. Reibholz, Gallerturmstraße.
9. Gau. Spremlingen. Kass.: Frz. Eberhard jun., Rempen (Kreis Bingen). Spielmannstraße 1. — Offenbach a. M. Vorl.: Jakob Reil, Dietesheim. Kass.: Rudolf Dettling, Rohrstraße 44.

### Neue Bücher, Zeitschriften.

Kurt Heinig, „Die industrielle Dividende“ (Grundzahl 50 Pfg.) Die Arbeit ist eine gründliche und doch gemeinverständliche Untersuchung der Elemente, aus denen sich heute die industrielle Dividende in Wirklichkeit zusammensetzt, zugleich ist sie eine gründliche Auseinandersetzung mit den üblichen Unternehmerargumenten. Die Papiermarkdividende, vom Unternehmer in Gold, Stiefelsohlen oder Arbeitsstundenlohn und Angestellengehalt umgerechnet, ist heute das Hauptargument jeder Lohnverhandlung, ja jeder Einzelunterhaltung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Heinig hat das Material als Sachkenner zusammengetragen und als Gewerkschaftspraktiker verarbeitet. Damit ist seine Broschüre ein Hilfsmittel für die nüchternen und ernsten gewerkschaftliche Arbeit, wie es besser nicht gewünscht werden kann, sie hat nicht nur Agitationswert, sie führt auch in die inneren Zusammenhänge der Wirtschaft mit fester Hand ein.

<b>Anzeigen</b>	
<b>Schriftpausen</b> Erfolgreich, leicht ausführbar Bildhauer Franz Siegler, Gießen Lieber Straße 37.	<b>Mehrere tücht. Steinmetzen</b> auf Marmor für Kunstgebäude u. Wassertische werden sofort eingestellt. Wohnungen vorhanden. Hugo Wiesenrund A.-G., Marmor-Werke Steinorne Renne (Garr.) d. Wernigerode.

<b>Gestorben.</b>	
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.	
In <b>Baun</b> am 27. August der Pfaltersteinmacher <b>Oskar Domsche</b> , 50 Jahre, Herzleiden.	In <b>Neuhaus</b> am 2. September der Pfaltersteinmacher <b>Johann Neuling</b> , 49 Jahre alt, Lungenerkrankung.
In <b>Bedesbach</b> am 8. September der Hilfsarbeiter <b>Adam Müller</b> , 21 Jahre alt, Nervenleiden.	In <b>Ruhmannsfelden</b> am 8. September der Pfaltersteinarbeiter <b>Matthias Stadler</b> , 66 Jahre alt, Altersschwäche.
In <b>Bütchenbach</b> am 11. September der Pfaltersteinmacher <b>Johann Brauneder</b> , 69 Jahre alt, Asthma.	In <b>Ramens</b> am 11. September der Hilfsarbeiter <b>Alfred Schlegel</b> , 24 Jahre alt, Lungenentzündung.
In <b>Berlin</b> am 13. September der Sandsteinmetz <b>Wilhelm Ridel</b> , 60 Jahre alt, Magenleiden.	In <b>Obermendia</b> am 15. September der Steinmetz <b>Stephan Mitter</b> , 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In <b>Rienitz</b> am 15. September der Brecher <b>Heinrich Köpper</b> , 55 Jahre alt, Gehirnleiden.	In <b>Hohburg</b> am 17. September der Hilfsarbeiter <b>Oswald Runath</b> , 42 Jahre alt, Nierenkrankheit.
In <b>Rieserfeld</b> am 21. September der Marmorfräher <b>Franz Schwaiger</b> , 40 Jahre alt, Lungentuberkulose.	In <b>Benzlin</b> am 23. September der Brecher <b>Robert Koloff</b> , 21 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In <b>Oberpeilan</b> am 29. September der Marmorsteinmetz <b>Hermann Schöde</b> , 67 Jahre alt, Asthma.	In <b>Dresden-Wirna</b> am 1. Oktober der Sandsteinmetz <b>August Hähnel</b> , 60 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.